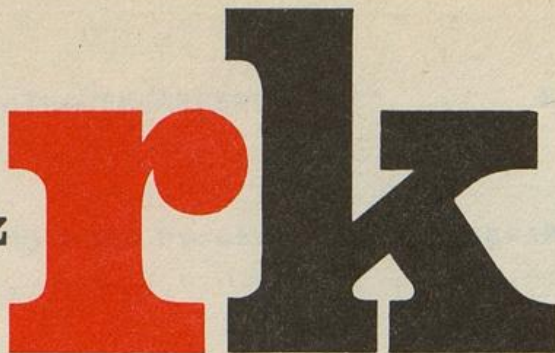


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 25. Februar 1985

Blatt 440

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausagesendet: (grau)      Kostenlose Verpflegung für fünf Jugendzentren  
Zilk lehnt Erhöhung der Heizölpreise strikt ab

Kommunal: (rosa)      Bautenstadtrat bittet um Meldung von  
Frostaufbrüchen  
100 Millionen für nachträglichen Aufzugseinbau  
Stadterneuerung: 16 Millionen für  
Gebietsbetreuungen  
Konrad-Lorenz-Volksbegehren  
Wiener öVP für politische Zusammenarbeit zwischen  
Wien und Niederösterreich  
Zilk: Sofortige Untersuchung über behaupteten  
Embryo-Handel  
Zilk: Enttäuscht über Stil der öVP

Nur über FS:      23.2. Tödlicher Badeunfall im Amalienbad  
25.2. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

NNNN

.....  
Bereits am 24. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Kostenlose Verpflegung für fünf Jugendzentren

=++++

1 Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Einen Beitrag zum "Internationalen Jahr der Jugend in Wien" leistet die Firma GUSTANA. In den Monaten März bis Juli wird es für arbeitslose Jugendliche, denen im Rahmen von Betreuungsprojekten in fünf Jugendzentren der Stadt Wien geholfen wird, kostenlose Menüs geben. In diesem Zeitraum werden an die Jugendzentren im 2., 11., 13., 21. und 22. Bezirk rund 10.000 Essensportionen ausgeliefert werden. (Schluß) je/gg

NNNN

.....  
Bereits am 24. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Zilk lehnt Erhöhung der Heizölpreise strikt ab

=++++

2 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Zu der Absicht der Mineralölfirmen, den Preis für Ofenheizöl möglicherweise schon ab Montag zu erhöhen stellt der Wiener Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK Sonntag fest, daß er diese Absicht auf das Schärfste verurteile. Es sei für ihn unverständlich, so Zilk, durch eine Preiserhöhung die Situation der vielen Rentner und sozial Schwächeren empfindlich zu verschlechtern, zumal der heurige strenge Winter die Heizkosten schon enorm erhöht habe. #

Zilk appellierte deshalb leidenschaftlich an die Paritätische Kommission, einer Preiserhöhung für Heizöl unter keinen Umständen zuzustimmen. Er forderte die Mineralölfirmen auf, durch Sparsamkeitsmaßnahmen und genauere Kalkulation die jetzige Preisbasis zu gewährleisten. (Schluß) lei/bs

NNNN

Bautenstadtrat bittet um Meldung von Frostaufbrüchen

=++++

4 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Da die Frostperiode ja nicht ewig dauern konnte, ist es wieder so weit: mit dem Tauwetter kommen auch wieder die Frostaufbrüche. Bautenstadtrat Roman RAUTNER ersucht die Wienerinnen und Wiener, Frostschäden der für die Straßenerhaltung zuständigen Magistratsabteilung 28 bekanntzugeben. Rautner: "Je schneller wir über Frostaufbrüche informiert werden, um so schneller können sie von den Reparaturtrupps, die mit 22 Fahrzeugen unterwegs sind, repariert werden." Der Bautenstadtrat appelliert in diesem Zusammenhang an die Autofahrer, besonders vorsichtig zu fahren und die Geschwindigkeit dem Straßenzustand anzupassen. Er bittet auch, auf die Fußgänger Rücksicht zu nehmen, die oft von Autofahrern, die zu rasch durch die Schlaglochpfützen fahren, angespritzt werden. #

Die lange und strenge Frostperiode hat heuer dazu geführt, daß der Boden tiefer als in den vergangenen Wintern gefroren ist. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Schlaglöcher größer und tiefer sein werden und ihre Beseitigung auch mehr kosten wird als im Vorjahr. Aber auch 1984 mußten rund 100.000 Frostschadensstellen mit einem Aufwand von 25 Millionen Schilling repariert werden. In der nächsten Zeit können die Frostaufbrüche aus technischen Gründen nur provisorisch geschlossen werden. Eine endgültige Sanierung ist erst in der wärmeren Jahreszeit möglich.

Meldungen über Frostschäden nimmt der Journaledienst der MA 28 Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr entgegen: Telefon 46 16 91. Von 13 bis 15 Uhr steht die Kanzlei der MA 28 zur Verfügung: Telefon 46 16 91, Klappe 224 Durchwahl. (Schluß) sc/gg

NNNN

Hundert Millionen für nachträglichen Aufzugseinbau

=++++

5 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Einen Betrag von insgesamt mehr als hundert Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung in seiner letzten Sitzung für den nachträglichen Einbau von Aufzügen in ältere Gemeindebauten.#

Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN bezeichnete das Aufzugsprogramm als eine wichtige Maßnahme im Rahmen der Stadterneuerung, weil auf diese Weise der Wohnwert älterer Anlagen wesentlich erhöht wird.

Im einzelnen beschloß der Gemeinderatsausschuß folgende Aufzugseinbauten:

- 10, Troststraße 20-30, Stiegen 1,2,3,4,13,14,15,16 (11,3 Millionen)
  - 12, Spittelbreitengasse 23, Stiegen 14-24, 27-31 (21,93 Millionen)
  - 15, Fünfhausgasse 16-18, Stiegen 1,2,3, (4,16 Millionen)
  - 15, Tautenhayngasse 2-8, Stiegen 1,2,7,8,9 (6,28 Millionen)
  - 16, Koppstraße 89-93, Stiegen 4,5,6,7 (5,33 Millionen)
  - 16, Koppstraße 97-101, Stiegen 2,3,4,6,7,8,9,11,12,13,16,17,18,19 (18,3 Millionen)
  - 20, Donaueschingenstraße 30, Stiegen 3,6,7,8,9,10,14,16,20-30,32,34 (32 Millionen)
  - 20, Engerthstraße 60-74, Stiegen 2,6,8,18 (5,57 Millionen)
- (Schluß) ger/ko

NNNN

Stadterneuerung: 16 Millionen für Gebietsbetreuungen

=++++

6 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Für die im Auftrag der Stadt Wien durchgeführte Betreuungstätigkeit in den Wiener Stadterneuerungsgebieten im Jahr 1985 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung einen Betrag von 16 Millionen Schilling. Wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN in diesem Zusammenhang der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, kommt zu den derzeit sieben Gebietsbetreuungen (2, Karmeliterviertel - Im Werd, 5, Margareten Ost, 6, Gumpendorf, 9, Himmelpfortgrund, 12, Wilhelmsdorf, 15, Storchengrund, 16, Neulerchenfeld) in Kürze eine weitere hinzu: Ende April wird das Informationslokal für das größte Wiener Stadterneuerungsgebiet, Innerfavoriten (147 Hektar, 30.300 Einwohner), eröffnet werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

## Konrad-Lorenz-Volksbegehren

Utl.: Eintragungsfrist und Stimmkartenausgabe

=++++

7 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Vom 4. bis 11. März können wahlberechtigte Österreicher (19. Lebensjahr spätestens am 20. Februar 1985 vollendet) das Konrad-Lorenz-Volksbegehren unterzeichnen. Für die Eintragung ist ein Identitätsnachweis durch ein amtliches Dokument erforderlich, ein Meldezettel alleine genügt nicht. Die Adressen der Eintragungslokale sowie deren Öffnungszeiten finden die Wiener auf Verlautbarungen in den Magistratischen Bezirksämtern, in Polizeikommissariaten, Wachzimmern und auf Plakatwänden. Zusätzlich erhielten alle Hausverwaltungen Mitteilungen für das "Schwarze Brett".

Personen, die für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren bereits eine Unterstützungserklärung abgegeben haben, sind zur Eintragung nicht mehr zugelassen, weil ihre Unterstützungserklärung schon als gültige Eintragung zählt.

Zwtl.: Stimmkartenausgabe ab Dienstag

Stimmberechtigte, die sich zu den Eintragungsfristen nicht in Wien aufhalten, können ihre Unterstützungserklärung durch eine Stimmkarte in ganz Österreich abgeben. Die Stimmkarten werden gegen Vorweis eines Personaldokumentes von den Magistratischen Bezirksämtern ab Dienstag, 26. Februar, bis Freitag, 1. März, und von Montag, 4. März, bis Freitag, 8. März, jeweils von 8 bis 18 Uhr ausgegeben. Stimmkarten können auch schriftlich beantragt werden.

(Schluß) lei/ko

NNNN

Wiener öVP für politische Zusammenarbeit zwischen Wien und  
Niederösterreich

=++++

9 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) öVP-Vizebürgermeister  
Dr. Erhard BUSEK schlug am Montag die Schaffung eines permanenten  
politischen Ausschusses zwischen Wien und Niederösterreich vor.  
Dieser Ausschuß sollte aus Mitgliedern der beiden Landesregierungen  
sowie der Landtage paritätisch besetzt werden. Busek bezog sich auf  
die Aufkündigung des SMZ-Ost-Spital-Vertrages mit Niederösterreich  
durch den Wiener Gemeinderat und meinte, durch einen derartigen  
Ausschuß könnten politische Streitobjekte zwischen den beiden  
Bundesländern leichter geregelt werden.

Zwtl.: Einigung bei den Wohnbauverordnungen

GR. Dr. Wolfgang PETRIK (öVP) zeigte sich befriedigt über den  
Abschluß der Parteienverhandlungen über die Wiener  
Wohnbauverordnungen. Es sei gelungen, großteils den Standpunkt der  
öVP durchzusetzen. So gebe es künftig, sagte Petrik, auch für den  
Bereich der Stadterneuerung eine Wohnbeihilfe wie derzeit beim  
Neubau. Darüber hinaus werden Verbesserungen am Haus sowie innerhalb  
der Wohnungen durch Annuitätenzuschüsse wesentlich billiger. Eine  
Eigentumsfeindlichkeit sei vermieden worden. Nach den neuen  
Verordnungen gibt es auch für Eigentumswohnungen bis zum 17. Jahr  
Annuitätenzuschüsse, für die Finanzierung von geförderten neuen  
Eigentumswohnungen können auch Bausparkassendarlehen herangezogen  
werden, bei den Alt-Eigentumswohnungen bleibt die Wohnbeihilfe wie  
bisher. Vizebürgermeister Busek betonte, daß mit diesen neuen  
Verordnungen Neuland beschritten werde. Es werde nun davon abhängen,  
wie gut die Bevölkerung informiert werde und wie gut die  
Bankenfinanzierungen erfolgen. (Schluß) fk/gg

NNNN



Zilk: Sofortige Untersuchung über behaupteten Embryo-Handel

=++++

10 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Nachdem in Wiener Nachrichtenmagazinen Meldungen auftauchten, nach denen angeblich Spitalsangestellte menschliche Embryos und Gehirnhäute illegal an Pharmafirmen verkaufen, hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gebeten, sofort eine Untersuchung durchzuführen und gegebenenfalls entsprechende klare Konsequenzen zu ziehen. (Schluß) rð/gg

NNNN

Zilk: Enttäuscht über Stil der ÖVP

Utl.: Versäumte Gelegenheit, Zusammenarbeit zu dokumentieren

=++++

11 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Er sei, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Montag mittag, sehr enttäuscht über die Vorgangsweise von ÖVP-Vizebürgermeister Dr. BUSEK, in einer Pressekonferenz noch vor dem Zusammentreten des Wohnbauförderungsbeirates Details einer in Parteienverhandlungen erzielten Einigung über die neuen Wohnbauverordnungen bekanntzugeben. Ihm, Zilk, sei sehr viel an dieser Einigung gelegen gewesen, und er habe darin einen Grund zur Hoffnung gesehen, daß auch in diesen schwierigen Zeiten eine sachliche Zusammenarbeit möglich sei. "Dieses Leuchtzeichen am Horizont hätte in eine beleuchtete Straße münden können", meinte Zilk wörtlich. Buseks Vorgangsweise sei aber nun ein Schlag ins Gesicht der Zusammenarbeit, eine Verhöhnung des Wohnbauförderungsbeirates und eine Diffamierung der Landesregierung. "Ich bin zutiefst enttäuscht, da man nun sieht, wie weit entfernt wir tatsächlich von einem Geist der Zusammenarbeit sind." Er bedaure, sagte Zilk, daß dieser Anlaß zur Hoffnung nun Anlaß zum Zweifel geworden sei. Hier werde ein "permanenter Kindergartenwahlkampf" geführt.

Zu der Forderung der ÖVP nach Bildung eines permanenten politischen Ausschusses zwischen Wien und Niederösterreich erklärte Zilk, daß es ein solches Gremium der Zusammenarbeit zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland in der Planungsgemeinschaft Ost ohnehin gebe. "Wir haben eine enge Zusammenarbeit und ein gutes Verhältnis mit Niederösterreich", betonte Zilk. Er sehe daher keinen Grund, ein weiteres Gremium zu schaffen, in dem dieselben Leute dieselben Fragen wie in der Planungsgemeinschaft Ost behandeln. (Schluß) ger/gg

NNNN